



VERBAND 4.0

Politikmonitoring für die moderne Interessenvertretung

Informations-, Kommunikations- und Koordinierungsprobleme sind auch in der politischen Arbeit der Verbände festzustellen und vielfach Ursache für Auseinandersetzungen zwischen Bundes- und Landesvorständen. Sie behindern die Einflussnahme auf die Politik, denn effektiv wirksam werden kann ein Verband im Sinne seiner Mitglieder vor allem dann, wenn er über die Ziele und Erwartungen der Politik informiert ist und wenn das Zusammenwirken zwischen Bundes- und Landesebene funktioniert.

Thomas Freund

Deutschland ist ein föderaler Bundesstaat, und dies spiegelt sich in der Struktur seiner Verbände wider. Bei den meisten Verbänden ist deshalb eine organisatorische Gliederung in Bundesverband und Landesverbände die geradezu natürliche Organisationsform. Eine solche Organisation hat jedoch in der Praxis regelmäßig Informations-, Kommunikations- und Koordinierungsprobleme zur Folge. Diese beeinträchtigen die Wirksamkeit des Verbandes, führen zu Reibereien zwischen den Gremien oder sogar zu Macht- und Richtungskämpfen zwischen den verschiedenen Ebenen. Solche Machtkämpfe wiederum schrecken potenzielle neue Mitglieder ab und beeinträchtigen die Durchschlagskraft der gesamten Organisation.

Voraussetzung für eine gedeihliche politische Verbandsarbeit ist zunächst ein reibungsloser Fluss der politischen Informationen zwischen der Bundes- und der Landespolitik auf der einen Seite und dem Gesamtverband und seinen Mitgliedern auf der anderen Seite. Bevor man Einfluss nehmen will, muss man darüber informiert sein, was in der Bundespolitik los ist und was in den Landeshauptstädten diskutiert wird. Und man muss vor allem wissen, was die Verbandsmitglieder über diese Themen denken, bevor man Lobbyarbeit betreibt oder gar mit dem Agenda-Setting beginnen will.

KOORDINATION ZWISCHEN BUNDES- UND LANDESEBENE ENTSCHEIDEND

Wirklich relevante politische Informationen tagesaktuell zu beschaffen, zu sichten und zu analysieren ist jedoch ein mühsames Geschäft. Nicht jeder Verband hat eine Vertretung in Berlin oder eine Agentur, die mit der Informationsbeschaffung und -verbreitung sowie der Interessenvertretung betraut ist. Von den rund 15.000 Verbänden in Deutschland verfügen nur rund 8.700 über eine eigene oder gemeinschaftliche, also mit anderen Verbänden unterhaltene, hauptamtliche Geschäftsstelle. Die meisten davon haben ihren Sitz nicht in Berlin. In die Verbändeliste des Bundestages sind sogar nur 2.317 Verbände eingetragen, was zwar den Nachweis einer gewissen Aktivität in der Bundespolitik darstellt, aber keinesfalls bedeutet, dass sie auch über ein Büro in der Hauptstadt verfügen.

Eine gute Koordination in der Verbandskommunikation ist vor allem deshalb nötig, weil im föderalistischen Deutschland Gesetze entweder auf Landes- oder auf Bundesebene, in den meisten Fällen aber auf beiden Ebenen zugleich gemacht werden, nämlich durch das Zusammenwirken des Bundes mit den Ländern. Die Landesebene jedoch wird von vielen Bundesvorständen zu wenig beachtet. Man spricht dann von „Länderblindheit“ der Bundesebene.

Selbst hauptberufliche Berliner Lobbyisten fallen oft aus allen Wolken, wenn sie plötzlich gewahr werden, dass ein bestimmtes Gesetzesvorhaben wegen fehlender Zustimmung einzelner Länder im Bundesrat zu scheitern droht. Von den Landesvorständen in den Verbänden wird wegen fehlender Kapazitäten die Landespolitik auch nicht immer hinreichend genau beobachtet. Darüber hinaus fehlen auf Landesebene hauptberufliche Verbandsmitarbeiter, die Kontakt zu Landesregierungen und Landesparlamenten halten, oftmals sogar völlig. Demzufolge sind die Informationsniveaus in den Verbänden auf Bundes- und Landesebene von unterschiedlicher Qualität und der Informationsaustausch zwischen beiden mangelhaft. Mitglieder wiederum werden oft nur bruchstückhaft oder gar nicht über relevante politische Entwicklungen informiert oder erst dann, wenn Entscheidungen schon gefallen sind.

MONITORING PER DATENBANK

Vor allem wegen der hohen Kosten und Koordinierungserfordernisse verzichten viele Verbände und Organisationen auf Büros in Berlin und in den Landeshauptstädten. Auch die Beauftragung einer Public-Affairs-Agentur oder einer Rechtsanwaltskanzlei mit der Wahrnehmung der verbandlichen Interessenvertretung überschreitet häufig die Möglichkeiten vieler Verbände.



Wenn sich Verbände keine Hauptstadtrepräsentanz und keine Agentur für Public Affairs leisten können oder wollen und trotzdem über ihre Themen adäquat informiert sein wollen, ist die Nutzung von Datenbanken für die systematische Politikbeobachtung eine kostengünstige Alternative und heute eigentlich unverzichtbar.

Die Entscheidung eines Verbandes, eine Online-Datenbank bzw. einen Dienst zum Politik- und Parlamentsmonitoring in Anspruch zu nehmen, ist ein echter strategischer Beschluss. Denn so gelingt es dem Verband mit einem vergleichsweise geringen Aufwand, stets auf der Höhe der politischen Debatte zu sein und die eigene Handlungsfähigkeit und Schlagkraft auf der politischen Bühne zu stärken.

WICHTIGE AUSWAHLKRITERIEN

Bei der Auswahl gilt es, Qualitätsmerkmale zu beachten. Die tagesaktuelle und kontinuierliche Bereitstellung von

politischen Dokumenten aus Bundestag und allen Landesparlamenten sowie den Ministerien sollte obligatorisch sein. Die Bereitstellung weiterer Informationen z. B. aus Behörden, Verbänden, Medien, Social Media und weiteren Institutionen kann darüber hinaus von großem Nutzen für einen Verband sein. Diese Dokumente werden von den Nutzern durch selbsttätig eingegebene Suchworte gefiltert und damit systematisch erschlossen. Die Zahl der wirklich relevanten Dokumente reduziert sich dann oft auf ein oder zwei Dutzend pro Tag, aber es sind genau diejenigen, die für einen Verband und seine Mitglieder von Interesse sind.

Darüber hinaus leistet ein gutes politisches Monitoring Hilfestellung bei der politischen Analyse. Online-Tools wie Polit-X bieten beispielsweise neben der täglichen Lieferung neuer politischer Dokumente und deren Einordnung in aktuelle Gesetzgebungsvorgänge mittler-

weile auch weitergehende Analyse- und Auswertungsmöglichkeiten. So können Sie diejenigen Abgeordneten identifizieren, die auch tatsächlich zu einem bestimmten Thema arbeiten. Diese „Stakeholder-Analysen“ basieren auf der aktuellen objektiven Arbeit einzelner Abgeordneter oder ganzer Fraktionen. Die Ergebnisse dieser Analysen können dazu genutzt werden, die verbandseigenen politischen Netzwerke zu prüfen. Die Auswertung politischer Dokumente erlaubt es außerdem, politische Trends zu prognostizieren. Ein solches Frühwarnsystem kann negative Entwicklungen frühzeitig sichtbar machen und die eigenen Erfolgsaussichten realistisch einschätzen. Die Bundesebene muss dabei ebenso in den Blick genommen werden wie die Landesebene, schließlich reden die Länder bei der Gesetzgebung im Bundesrat mit.

Verbände erreichen mit dem Einsatz von politischen Monitoring-Diensten

Vorteile sowohl für die externe Interessenvertretung wie auch für die interne Verbandskommunikation. Für die externe Interessenvertretung erreicht der Verband einen Informationsvorsprung, hört so das Gras wachsen und stößt auf wichtige Dokumente aus unerwarteten Quellen. Die Verantwortlichen auf Bundes- wie auf Landesebenen können ihre Themen identifizieren, beobachten und zu einer Verbandsmeinung für die politische Interessenvertretung zusammenfassen und in Stellungnahmen zur Wirkung bringen. Weiterhin nützt ein solcher Dienst, um die externe Kommunikation (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) zu stärken und die richtigen Ansprechpartner unter den Parlamentariern zu finden. Der verbesserte, beschleunigte und umfassende Zugang zu politischen Informationen führt auch zu einer verbesserten Kampagnenfähigkeit eines Verbandes und seiner Mitglieder.

Der verbandsinterne Nutzen politischer Monitoring-Dienste liegt in ihrer Flexibilität, Aktualität und Schnelligkeit. Jede Verbandsebene kann sich mit ihren Themen auf allen politischen Ebenen befassen, die den Mitgliedern unter den Nägeln, brennen und diese individuell für sie aufbereiten. Diese Flexibilität ist auch deshalb von Bedeutung, weil die Interessen der einzelnen Verbandsgliederungen heute tendenziell stärker divergieren als früher. Mit der Nutzung von Datenbanken lassen sich diese divergierenden Informationsbedürfnisse und -erwartungen der einzelnen Ebenen leichter befriedigen.

Wer gut und verlässlich informiert ist, hat in der politischen Auseinandersetzung die besseren Karten und kann argumentativ bestehen. Bruchstückhafte Informationen dagegen führen leicht zu Falschaussagen, die widerlegt werden können. ■

AUTOR

DR. THOMAS FREUND



ist Staatssekretär a. D. und war Regierungssprecher der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin und Bevollmächtigter seines Landes beim Bund. Heute arbeitet er als freiberuflicher Politikberater in Berlin.



www.verbaende.com/fachartikel
(geschützter Bereich für Abonnenten und DGVM-Mitglieder)

Wem gehören unsere Daten?



Dateneigentum und Datenhandel

Herausgegeben von der **Stiftung Datenschutz**
2018, ca. 330 Seiten, fester Einband,
€ (D) 58,-, ISBN 978-3-503-18224-4
DatenDebatten, Band 3

Der neueste Band der *DatenDebatten* beleuchtet diese facettenreiche Thematik aus den wichtigsten dabei involvierten Fach- und Blickrichtungen.

- ▶ Reicht das Konstrukt „informationelle Selbstbestimmung“ aus?
- ▶ Welchen Wert haben Daten?
- ▶ Wie kann mehr Transparenz geschaffen werden?

Ein spannender Querschnitt aktueller **Entwicklungslinien, Initiativen und Streitpunkte.**

Mit einem **Geleitwort** von Prof. Dr. Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat.

Online informieren und bestellen:

 www.ESV.info/18224

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Auf Wissen vertrauen

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG · Genthiner Str. 30 G · 10785 Berlin
Tel. (030) 25 00 85-265 · Fax (030) 25 00 85-275 · ESV@ESVmedien.de · www.ESV.info